

Rede von Anja Polzin (DKP)

Otto Grüneberg war zehn Jahre alt, als die Novemberrevolution 1918 begann. 13 Jahre später, 1931, wurde er kurz vor seinem 23. Geburtstag von Faschisten ermordet. Drei von ihnen wurden zu lächerlichen Strafen verurteilt und kamen nach nur zehn Monaten wieder frei. Die Weimarer Republik taumelte ihrem Ende entgegen. Was ihr folgen sollte, lässt sich bereits unschwer erahnen.

Ich habe mich gefragt, wie er diese 13 Jahre einer deutschen parlamentarischen Republik erlebt hat. Wann hat er zum ersten Mal von der Verschwörung gehört, die der SPD-Vorsitzende und Reichskanzler Friedrich Ebert am Abend des 9. November 1918 anstiftete? An jenem Novembertag, ordnete Ebert an, in Zusammenarbeit mit der Führung der kaiserlichen Armee, alles daran zusetzen die alte Ordnung zu retten.

Kurz vor Otto Grünebergs 11. Geburtstag, am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht brutal ermordet. – von Truppen, die mit Billigung, wahrscheinlich sogar auf Weisung des sozialdemokratischen Wehrministers Gustav Noske handelten. Hat jemand dem Jungen erzählt, dass Noske bei den Märzkämpfen gegen den Generalstreik in Berlin den Befehl gab, erstmals in der Geschichte der Stadt Bomben auf Arbeiterviertel im Osten und Norden zu werfen? In Lichtenberg, war in diesen Tagen zu lesen, genügte es, ein Parteibuch der KPD oder der USPD in der Wohnung zu haben, um erschossen zu werden. Die Reihe der Gewaltattacken, die von den Regierungen der Weimarer Republik gegen die eigene Bevölkerung angeordnet wurden, lässt sich verlängern. Ich denke, dass er viel darüber erfahren haben muss.

Otto Grüneberg engagierte sich als junger Kommunist in einer der Häuserschutzstaffeln, die u.a. Mieter vor Zwangsräumungen durch Behörden schützten. Ab etwa 1930 mussten die Mieter vor den Schlägern der SA geschützt werden. Das trug ihm den Hass der Faschisten ein, die sich selbst Nationalsozialisten nannten.

Otto Grünebergs Mörder handelten nicht direkt im Regierungsauftrag wie die Arbeitermörder von 1919 und den folgenden Jahren. Aber es besteht ein Zusammenhang. Auf ihn machte der DDR-Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul 1965 in seinem Plädoyer als Vertreter der Nebenklage im Auschwitz-Prozess in Frankfurt am Main aufmerksam. Ich zitiere: „Es ist erforderlich klarzustellen, dass nicht erst am 30. Januar 1933, dem Tage, an dem der Nationalsozialismus an die Macht geschoben wurde, der Mord zur Staatsdoktrin in Deutschland erhoben wurde. Die Anfänge hierfür liegen weit früher: Es waren die Schüsse, die Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg meuchelten, die Schüsse, denen die Staatsmänner Erzberger und Rathenau erlagen, diese Schüsse waren es, die den Auftakt bildeten für jenen schauerlichen Zug von Toten und Gemordeten (...),

der weiterging, Jahre und Jahre und von dem wir heute wissen, dass er geradewegs in Auschwitz endete. Und seit diesen Schüssen (...) war es offenbar, dass in Deutschland keineswegs zwingend der Mordtat die gerichtliche Sühne auf dem Fuß folgte, konnten die Mörder morden und wussten, sie würden dafür nicht bestraft.“

Wir haben in den vergangenen Wochen viel über die Errungenschaften der Novemberrevolution und der Weimarer Republik gehört. Zu recht. Achtstundentag in der Sechs-Tage-Arbeitswoche, Frauenwahlrecht, Sturz, allerdings nicht Enteignung der feudalen Dynastien und vieles mehr. Sehr wenig habe ich aber über die Blutspur gehört, die sich von Anfang bis zum Ende durch die Republik zog und vermutlich auch das Leben von Otto Grüneberg geprägt hat. Diese Gewalt ging vom Staat aus und zum weit überwiegenden Teil von rechten Kräften und Faschisten. Das war, wie Kaul sagte, ein Vorspiel für das, was seit 1933 vorbereitet wurde und bis nach Auschwitz führte.

Ich glaube nicht, dass die Bundesrepublik mit dem damaligen Staat gleichzusetzen ist. Aber es gibt in diesem Land rechte Gewalt, die ebenfalls eine Blutspur hinterlässt und die kaum oder gar nicht gesühnt wird. Das mit 13 Toten schlimmste Attentat in der Nachkriegsgeschichte, das auf dem Oktoberfest 1980, wurde nie aufgeklärt. Am 18. Januar 1996 wurde in der Lübecker Hafenstraße ein Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft verübt, bei dem zehn Menschen getötet und Dutzende verletzt wurden, einige schwer. Die offensichtlichen Täter, wurden für ihre Verbrechen nie zur Rechenschaft gezogen, das Ereignis quasi vollständig aus den Annalen der bürgerlichen Medienlandschaft getilgt.

Ähnliches gilt für die Terroristen, die unter der Bezeichnung „Nationalsozialistischer Untergrund“ zehn Menschen umbrachten: Die wirkliche Mitgliederzahl dieser Bande, die fast 13 Jahre ungestraft neben den 10 Morden, 43 Mordversuche, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle begehen konnte werden wir vermutlich nie erfahren. Schätzungsweise waren es weit über 100 Menschen, die angeblich unerkant von Polizei und Geheimdiensten in die Verbrechen verwickelt waren. Weitgehend ungeklärt sind die Morde an insgesamt mehr als 180 Antifaschisten, Migranten oder Obdachlosen, die in der Bundesrepublik seit 1990 nach einer Zählung des Tagesspiegels aus rechtsextremer Motivation heraus begangen wurden. Die Zahl wird von den Behörden nicht akzeptiert, die Neonazigesinnung der Täter abgestritten. Kommt es zu einer Verurteilung, sind die Strafen in der Regel gering - wie im Fall von Otto Grüneberg 1931.

Das gehört auch zur Bundesrepublik von heute.

Zu ihr gehört auch in ganz anderen Dimensionen als in der Weimarer Republik die Teilnahme an Kriegen und Aufrüstung. Gestern lief das Ultimatum aus, das die USA Russland im Dezember 2018 gestellt hatte. Russland hat angeblich den

INF-Vertrag über das Verbot atomarer Mittelstreckenraketen verletzt. Eine Überprüfung vor Ort in Russland lehnten die USA wiederholt ab. Wir kennen die Folgen des Ultimatums noch nicht. Aber die Gefahr ist groß, dass nun in Europa Raketentypen aufgestellt werden, die Vorwarnzeiten von weniger als zehn Minuten haben. Damit stiege zugleich auch erheblich die Gefahr eines unbeabsichtigten Atomkrieges, dessen Schauplatz Europa wäre. Viel hängt von den Ländern Europas und vor allem von Deutschland ab, damit es nicht zu einer Stationierung kommt.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht traten, wie sie formulierten, nach den Millionen Toten des Ersten Weltkrieges für einen „Frieden der Dauer und des Rechts“ ein. Tun wir alles, um einen solchen Frieden zu erreichen. Kämpfen wir gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und lassen sie in Deutschland nicht zu. Das ist, glaube ich, auch im Sinne Otto Grünebergs: Frieden nach innen und nach außen.